

KONJUNKTUR

Existenzkrise für die Industrie

Der Ukrainekrieg bringt die Industrie in dauerhafte Not, zeigt eine Umfrage unter 25.000 Firmen. Deutschland steht vor einer Grundsatzentscheidung.

Der Beginn des Ukrainekriegs Ende Februar war ein kurzfristiger Schock in der gesamten Wirtschaft. Nun aber kristallisiert sich heraus, dass die Folgen in bestimmten Sektoren lange anhalten dürften. Die Geschäftserwartungen in der deutschen Wirtschaft verschlechtern sich massiv. Das ergibt die Auswertung der Konjunkturumfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammern unter 25.000 Unternehmen, die dem Handelsblatt vorliegt. Ein Drittel der Betriebe rechnet in den nächsten zwölf Monaten mit schlechteren Geschäften als ohnehin schon. Nur noch 19 Prozent erwarten eine Besserung.

"Einen solchen Stimmungseinbruch haben wir in der Industrie bislang nur während der Finanzkrise und beim ersten Lockdown 2020 erlebt", sagt Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK). Der Schock durch den Ukrainekrieg ist auf dem besten Weg, sich zu einer strukturellen Krise zu entwickeln, die nicht über Monate, sondern über Jahre die deutsche Wirtschaft belasten wird. Und die wirtschaftliche Flaute könnte eine besonders bedrohliche Charakteristik annehmen.

Der DIHK erwartet für Deutschland in diesem Jahr nun bloß noch ein Wirtschaftswachstum von maximal 1,0 bis 1,5 Prozent. Die aktuelle Krise würde selbst dann deutlich weniger Wirtschaftskraft kosten als das Coronavirus. 2020 schrumpfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt aufgrund der Pandemie um rund fünf Prozent. Doch während der langfristige Schaden durch Corona für die deutsche Wirtschaft begrenzt bleiben dürfte, bringen die aktuellen Probleme das Potenzial mit, Teile der wirtschaftlichen Struktur zu zersetzen.

Die Pandemie hatte vor allem direkte Auswirkungen auf die Dienstleister. Friseure mussten schließen, Restaurants konnten ihre Speisen nur zum Mitnehmen verkaufen. Mit der Aufhebung der Pandemierestriktionen konnten sie ihr Geschäft recht zügig wieder aufnehmen. Allein fehlende Arbeitskräfte in einigen Bereichen sind noch problematisch.

Von der aktuellen Krise hingegen ist besonders die Industrie betroffen. 37 Prozent der Unternehmen erwarten eine Verschlechterung der Geschäfte in den nächsten zwölf Monaten, nur 14 Prozent eine Verbesserung. Allein der Bausektor ist noch pessimistischer. Allerdings stellt sich bei Bauunternehmen keine generelle Standortfrage. In der Industrie hingegen steht Deutschland vor einer Grundsatzdebatte: Welche Teile der altherwürdigen Grundstoffindustrie können und sollen dauerhaft ihr Geschäft in der Bundesrepublik machen? "Wir müssen aufpassen, dass hier nicht etwas ins Rutschen gerät und wir Kernbranchen verlieren", sagt DIHK-Chef Wansleben.

Das ist keine gänzlich neue Frage. Die hohen **Energiepreise** werfen jetzt aber ein Schlaglicht auf die Grundstoffindustrie. Es geht um jenen Teil der Wirtschaft, der am Anfang der Wertschöpfungskette steht und Agrarprodukte, Erdgas, Öl, Erze, Kohle, Metalle oder Holz verarbeitet. 93 Prozent der Industriebetriebe haben in der DIHK-Umfrage angegeben, in hohen **Energie-** und Rohstoffpreisen das größte Risiko für ihr Geschäft zu sehen - ein Rekordwert.

Denn die aktuellen Preissteigerungen werden viele Firmen in den nächsten Monaten treffen, weil sie bislang Kontrakte mit den alten Preisen haben. Nach Angaben des Mittelstandsverbands haben fast zwei Drittel der deutschen Unternehmen **Energieverträge** über ein bis drei Jahre abgeschlossen. "Bis zum Herbst oder sogar zum Beginn des nächsten Jahres merken viele Unternehmen noch gar nicht viel von den hohen **Energiepreisen**", sagt **Energieökonom** Andreas Löschel von der Ruhr-Universität Bochum. "Dafür trifft es sie danach mit voller Wucht."

Die Grundstoffindustrie ist gleichzeitig die Industrie mit dem höchsten **Energieeinsatz**, wie etwa die Glasbranche. In bestimmten Sektoren steigen in der Folge die Finanzprobleme drastisch an:

Chemie:

Bei den Chemiekonzernen geben 29 Prozent an, in finanzielle Schieflage geraten zu sein. Die Chemiebetriebe könnten ihre Mehrkosten für Erdgas, Öl und Kohle nicht eins zu eins an die Abnehmer, wie etwa die Automobilindustrie, weitergeben, erklärt Uwe Wäckers, stellvertretender Geschäftsführer des Verbands Chemischer Industrie NRW. "Wenn wir Produkte nicht mehr zu einem bestimmten Preis produzieren können, aber jemand im Ausland kann das leisten, dann wird sich der Markt dorthin verschieben."

Gummi- und Kunststoffe:

36 Prozent der Unternehmen klagen über finanzielle Schwierigkeiten. Wegen der hohen Kosten für **Energie** und Polymere, der chemischen Grundlage für Kunststoff, kommen insbesondere Hersteller von Folien und Verpackungen zunehmend in Bedrängnis.

Metall:

In der Metallbranche sind es 41 Prozent. Nach der Chemieindustrie ist diese Branche der größte industrielle Verbraucher von Erdgas. Schon länger sparen viele Unternehmen in der Branche Erdgas ein, um die zuletzt rasant gestiegenen **Energiekosten** zu kompensieren. Allerdings lässt sich der **Energieträger** nur in wenigen Fällen ersetzen, da sich bislang lediglich mit Erdgas konstant gleichbleibend hohe Temperaturen erzeugen lassen.

Die schnelle Wende wird überlebenswichtig

Der **Energiepreisschock** hat die Debatte um die Grundstoffindustrie nicht herbeigeführt, sondern vorgezogen. Für die komplette Umstellung auf Klimaneutralität wird es große Mengen Wasserstoff brauchen. Die Empirie legt nahe, dass sich Industrien häufig in die Nähe ihrer **Energielieferanten** bewegen, um Transportkosten zu minimieren. "Es wird natürlich deutsche Industrien geben, die nicht mehr wettbewerbsfähig sein werden", sagt der Bonner Ökonom Christian Bayer.

Gleichzeitig wird der Klimaschutz den Strom weiter verteuern. "Bis es genügend **Erneuerbare** gibt, könnte es noch dauern. Das könnte Teile der Grundstoffindustrie aus Deutschland herausdrängen", erklärt **Energieexperte** Löschel.

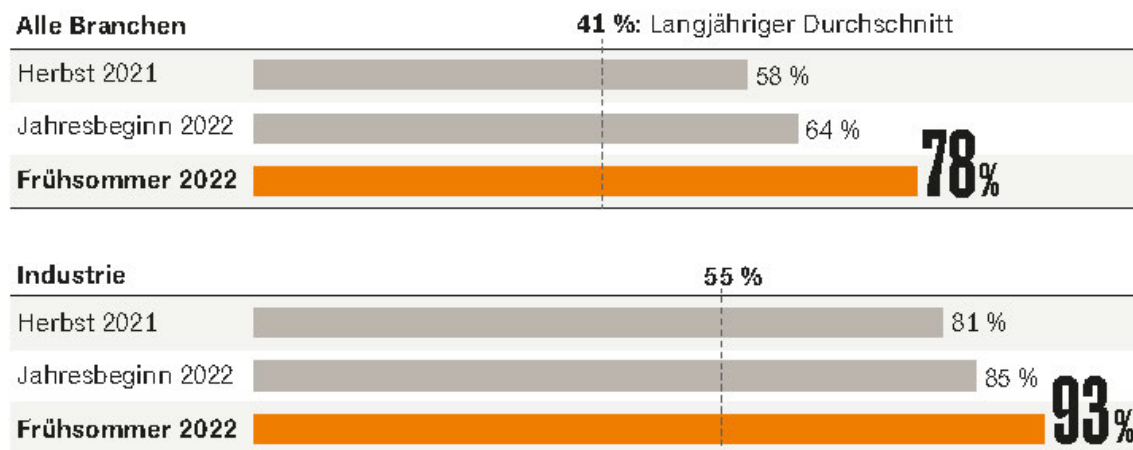
Letztlich müssen Politik und Wirtschaft eine Abwägungsentscheidung treffen: höhere Kosten oder stärkere Abhängigkeit? Die Bundesregierung muss entscheiden, inwieweit Deutschland bereit ist, seine Grundstoffindustrie mit Subventionen im Land zu halten, und woher die notwendigen Grundstoffe importiert werden können.

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

37 Prozent der industriellen Unternehmen erwarten eine weitere Verschlechterung der Geschäfte in den nächsten zwölf Monaten. Quelle: DIHK

Geschäftsrisiko Energie- und Rohstoffpreise

Anteil der Nennung bei der DIHK-Konjunkturumfrage in Prozent



HANDELSBLATT

Umfrage unter 25.000 Unternehmen im Frühsommer 2022, Mehrfachnennungen möglich • Quelle: DIHK

Handelsblatt Nr. 098 vom 20.05.2022

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

*Deutschland: DIHK-Konjunkturumfrage - Anteil der Befragten in Industrie und gesamt, die die **Energie**- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko betrachten in Prozent im Herbst 2021, Jahresbeginn 2022 und Frühsommer 2022 (VWL / Grafik)*

Olk, Julian

Quelle: Handelsblatt print: Heft 98/2022 vom 20.05.2022, S. 10


Ressort: Politik

Dokumentnummer: 7728C6C2-3295-4EC0-962F-C96DAB86AFCA

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_7728C6C2-3295-4EC0-962F-C96DAB86AFCA%7CHBPM_7728C6C2-3295-4EC0-962F-

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH